



## Niederschrift

### 42. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 14.12.2005
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann Oberbürgermeister	SPD	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	ab 17:10 Uhr
Herr Kruschat, Axel	Die Andere	

#### Nicht anwesend sind:

Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Bretz, Steeven	CDU	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau Fischer, GB 2 (bis TOP 3.1)  
Frau E. Müller, GB 3  
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4  
Herr Theobald, GEWOBA  
Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung  
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters  
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 30.11.2005
- 2 Haushaltssatzung 2006
  - 2.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2006  
Vorlage: 05/SVV/0850  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
  - 2.2 Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009  
Vorlage: 05/SVV/0851
  - 2.3 Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe  
Vorlage: 05/SVV/0852  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
  - 2.4 Haushaltssicherungskonzept 2006 - 2009  
Vorlage: 05/SVV/0853  
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
  - 2.5 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2006 bis 2007/2009  
Vorlage: 05/SVV/0829  
Oberbürgermeister, Jugendamt
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
  - 3.1 Sachstandsbericht Freizeitbad  
aus HA 30.11.2005
  - 3.2 Sozialbericht 2004  
Vorlage: 05/SVV/0870  
Oberbürgermeister, FB Umwelt und Gesundheit
  - 3.3 Straßenausbau Virchowstraße  
aus HA 30.11.2005
  - 3.4 Bericht zum Stand Pro-Wissenschaft  
aus HA 30.11.2005
  - 3.5 Lokaler Mobilitäts- und Zeitpakt  
gemäß Vorlage: 04/SVV/0162  
aus HA 09.03.2005
  - 3.6 SAGO-Park  
Vorlage: 05/SVV/1029  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
  - 3.7 Bahnquerung - Golm

**Protokoll:****Öffentlicher Teil****zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 30.11.2005**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, diese um die DS 05/SVV/1034 - Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß § 81 Abs. 1 GO i.V.m. § 4 Nr. 2 Haushaltssatzung der Stadt Potsdam – zu erweitern und nach dem Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 41. Sitzung vom 30.11.2005 gibt es keine Änderungen; das Protokoll wird mit 14 Ja-Stimmen bestätigt.

**zu 2 Haushaltssatzung 2006****zu 2.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2006**

**Vorlage: 05/SVV/0850**

Zur Haushaltssatzung informiert Herr Exner über eine Entscheidung der Bundesregierung, die den Kommunen weiterhin einen Erstattungsanteil von 29,1 % für die Kosten zur Unterkunft (Hartz IV) zusichert. Mit dieser Entscheidung sei ein Risikofaktor für den Haushalt 2006 ausgeräumt.

Im Rahmen der Diskussion fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, ob sich die gewählte Aufgabenverteilung im Bereich OBM, die weitestgehend der Dezernatsstruktur entspreche, bewährt habe und ob es Schlussfolgerungen aus der Vergangenheit bezüglich des Zinssubventionsprogrammes gebe.

In seiner Antwort betont der Oberbürgermeister, dass es im Bereich OBM keine „Spiegelreferate“ gebe. Da sich die Aufgabenverteilung bewährt habe, sehe er keine Notwendigkeit für Änderungen. Zum zweiten Teil der Frage verweist Herr Exner auf die Seiten 176 und 193 der Haushaltssatzung und unterstreicht, dass es insbesondere um die Förderung und Unterstützung kleinerer Unternehmen gehe.

Bezug nehmend auf den Bürgerhaushalt und die dazu ausgereichte Übersicht der Diskussionsergebnisse der letzten Beratung mit Potsdamer Bürgern meint Herr Dr. Scharfenberg eine Tendenz zu erkennen, dass haushaltsrelevante Dinge mit der Begründung abgetan werden, eine Entscheidung sei schon gefallen oder nicht möglich. So stelle sich für ihn die Frage, was erreicht werden solle und wie die Hinweise und Schwerpunkte Berücksichtigung finden können, denn nur so sei

eine tatsächliche Einflussnahme der Bürger zu sichern. Für das nächste Jahr solle deshalb die „Anlaufzeit“ für den Haushalt verlängert werden. Darüber hinaus sollten Stadtverordnete auf den Diskussionsprozess Einfluss nehmen können.

Herr Schubert meint, man solle nur die Teile des Haushalts zur Diskussion stellen, die auch beeinflussbar seien und nennt als Beispiel die Handhabung in Berlin-Lichtenberg.

Herr Schüler macht darauf aufmerksam, dass die Adressaten der Anmerkungen in der ausgereichten Übersicht die Stadtverordneten seien und nicht die Verwaltung. Nach Beschluss des Haushaltes sollten die Stadtverordneten vor die Bürger treten und die Beschlüsse verteidigen.

Herr Exner hofft, dass die Verwaltung durch die Herangehensweise deutlich gemacht habe, dass das ernst genommen werde. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen werde man sich mit der Übersicht auseinandersetzen. Im Moment seien jedoch alle dabei zu lernen und Potsdam habe im Gegensatz zu Lichtenberg keine freie Dispositionsmasse und lasse sich insofern nicht mit Lichtenberg vergleichen.

Herr Kruschat meint, es sei schwer nachzuvollziehen, was die einzelnen Vorschläge beinhalten und dadurch seien sie schwer zu bewerten.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass das dem Verfahren geschuldet sei. Die Verwaltung habe sich bemüht, die Vorschläge so authentisch wie möglich zu interpretieren und deshalb bleibe teilweise offen, was damit gemeint sei. Im Rahmen einer 3. Veranstaltung zum Bürgerhaushalt sei geplant, die Ergebnisse der Diskussion und Beschlussfassung den Bürgern vorzustellen und zu erläutern.

Abschließend erinnert Herr Dr. Scharfenberg an den Beschluss der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, eine Übersicht nicht genutzter Fördermittel unverzüglich an die Stadtverordneten auszureichen, da dies wichtig für die Haushaltsdiskussion sei.

Frau Dr. von Kuick-Frenz sagt diese Übersicht zum 20.12.2005 zu.

- zu 2.2     Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009**  
**Vorlage: 05/SVV/0851**
  
- zu 2.3     Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe**  
**Vorlage: 05/SVV/0852**
  
- zu 2.4     Haushaltssicherungskonzept 2006 - 2009**  
**Vorlage: 05/SVV/0853**
  
- zu 2.5     Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2006 bis 2007/2009**  
**Vorlage: 05/SVV/0829**
  
- neu        Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß § 81 Abs. 1 GO**  
**i.V.m. § 4 Nr. 2 Haushaltssatzung der Stadt Potsdam**  
**Vorlage: 05/SVV/1034**

Frau Fischer bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Gemäß § 81 Abs. 1 GO i.V.m. § 4 Nr. 2 Haushaltssatzung der Stadt Potsdam wird einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 85.000,00 EUR für die Zahlung von Miete für das Objekt Schulspeisung in Potsdam, Haeckelstraße 72/74 zugestimmt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

### **zu 3        Mitteilungen der Verwaltung**

#### **zu 3.1     Sachstandsbericht Freizeitbad**

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass es keinen neuen Sachstand gebe. Die Diskussion um einen privaten Betreiber und ein entsprechendes Konzept könne er nicht nachvollziehen, da weder die Verwaltung noch Herr Paffhausen über ein derartiges Papier verfügen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.2005 den Weg für einen neuen Ansatz frei gemacht habe und nun genutzt werden sollte, um die „richtigen Weichen“ zu stellen. Er fragt den Oberbürgermeister, wie er mit dem Beschluss umgehe und ihn verstehe.

Der Oberbürgermeister sieht die Rahmenbedingungen mit 33 Millionen Euro fixiert. Bei der weiteren Prüfung werde das Bisherige Priorität haben und dann werde man sehen.

Herr Schüler sieht in der Prüfung eines neuen Ansatzes „voraussetzenden Gehorsam“; jetzt das weit fortgeschrittene Vorhaben gegen etwas Neues und völlig Unbekanntes auszuwechseln halte er nicht für sinnvoll.

Frau Dr. von Kuick-Frenz sieht die nächsten Schritte in der umgehenden Überarbeitung des architektonischen Konzepts und dessen Anpassung an das Betreiberkonzept. Anschließend müsse alles betriebswirtschaftlich „durchgerechnet“ und von Wirtschaftsprüfern testiert werden.

Die architektonischen Mehrkosten müssen nicht hinderlich sein, so Herr Mühlberg. Wenn das Tropical Islands in Brandt mit 15 Millionen gefördert werde, sei dies seiner Meinung nach auch bei dem Projekt „Niemeyer“ möglich. Dem widerspricht Herr Dr. Scharfenberg, da es sich in Brandt um eine Investruine handle, in Potsdam aber noch gar nichts gebaut wurde. Er fragt nach, ob seitens der Verwaltung nur daran gearbeitet werde, den „Niemeyer flott zu machen“ oder ob es parallele Überlegungen zur Neuausschreibung gebe. Schließlich habe die Stadt keine Sicherheit, einen „Niemeyer“ bestätigt zu bekommen.

Der Oberbürgermeister betont, er werde dem Auftrag der Stadtverordnetenversammlung und dem Auftrag des Wirtschaftsministeriums nachkommen.

Frau Dr. Schröter empfiehlt, die bisherige scheinbar nicht erfolgreiche Strategie zu wechseln. Herr Dr. Scharfenberg beantragt, darüber abzustimmen, dass der Oberbürgermeister eine parallele Prüfung veranlasst. Herr Friederich spricht sich dagegen aus, da der am letzten Montag gefasste Beschluss eine umfassende Prüfung beinhalte. Herr Schüler fragt, wie eine vergleichbare Planung in den nächsten Wochen entstehen solle, die den gleichen Stand habe wie die vorliegende und dann möglichst nichts kosten solle.

Daraus ableitend sieht Herr Dr. Scharfenberg die Interpretation des Oberbürgermeisters so, dass er die Prüfung auf mehrere Varianten beziehe und diese nicht allein auf den „Niemeyer“ abziele. Diese Auffassung, so der Oberbürgermeister, sei die Auslegung von Herrn Dr. Scharfenberg.

**zu 3.2 Sozialbericht 2004**  
**Vorlage: 05/SVV/0870**

Frau E. Müller verweist auf den vorliegenden Bericht und bittet, offene Fragen dazu zu stellen. Frau Dr. Müller nimmt Bezug auf die gewählte Thematik des Berichts und bringt ihre Sorge zum Ausdruck, dass mit den finanziellen Rahmenbedingungen die jugendpolitische Arbeit eingeschränkt und finanzielle Standards „heimlich“ zurückgefahren werden, wie z.B. die Personaldecke bei der Suchtberatung oder in Jugendklubs. Insofern sei es zukünftig kaum möglich, adäquat auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können.

Frau E. Müller sieht die Personalreduzierung als vertretbar an und verweist darauf, dass das Personal dem Bedarf angepasst werde. Der Oberbürgermeister meint, der Bericht könne in den Fachausschüssen intensiver diskutiert werden. Er glaube nicht, dass auf Erfordernisse nicht reagiert und entsprechende Handlungskonzepte entwickelt werden. Allerdings werde es eine Kompensation aus ausschließlich kommunalen Mitteln auf diesem Gebiet nicht geben können.

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für den sehr aussagekräftigen Bericht, der als Steuerungsinstrument zu verwenden sei. Er sehe die Probleme in den Sozialräumen 5 und 6 am dichtesten und fragt nach, wie hier eine besondere Förderung erfolgen solle. Frau Knoblich schließt sich dem Dank an die Verwaltung für den aussagekräftigen Bericht an. Trotzdem sei er an einigen Stellen sehr allgemein gehalten und enthalte Aussagen, die für sie nicht nachvollziehbar seien. So werde z.B. der Begriff Armut unterschiedlich interpretiert. Frau E. Müller bittet, diese Frage im Ausschuss für Gesundheit und Soziales ausführlicher zu diskutieren und sagt dort die Beantwortung der offenen Fragen zu.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**zu 3.3 Straßenausbau Virchowstraße**

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert über den Zeitablauf des Vorhabens in der Virchowstraße, welches in zwei Bauabschnitten durchgeführt wurde. Dem entsprechend habe die Verwaltung die Bürger informiert und angekündigt, dass Straßenbaubeiträge fällig werden und eine Einsichtnahme in die Planungen beim Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen möglich sei. Insbesondere beim 2. Bauabschnitt gab es ein großes Interesse der betroffenen Bürger und deshalb wurden im März und im April Bürgerversammlungen durchgeführt. Von ca. 150 erlassenen Bescheiden gebe es 8 Widersprüche. Betroffene hätten sich einen Rechtsbeistand genommen und wollten insbesondere die Plausibilität der Beiträge erläutert haben.

Der Vorwurf einer fehlenden Information sei ihrer Meinung nach nicht berechtigt.

Frau Dr. Schröter betont, dass es keine ausreichende Kommunikation mit den betroffenen Bürgern gegeben habe. Die Unterteilung des Vorhabens in einen 1. und einen 2. Bauabschnitt konnten die Bürger nicht nachvollziehen, ebenso den Umfang der Maßnahme sowie das Entfernen von Bäumen und Straßenlaternen. Eine so genannte Bürgerversammlung habe es nur für den 2. Bauabschnitt gegeben und nur für die Bürger, die gegen das Vorhaben protestiert haben. Herr

Dr. Gunold meint, dass die Stadt nur angekündigt habe, Schmutzwasseranschlüsse herstellen zu wollen, woraus dann eine komplett sanierte Straße wurde. Für die Bürger sei nicht klar gewesen, dass sie für die Bezahlung der Maßnahme herangezogen werden – sie seien davon ausgegangen, dass eine aufgerissene Straße auch wieder zugemacht werden müsse. Frau B. Müller verweist darauf, dass zu einer Bürgerversammlung alle und nicht nur ausgewählte Betroffene einzuladen seien. Herr Dr. Scharfenberg weist darauf hin, dass laut Satzung eine Bürgerbefragung vor Beginn der Maßnahme durchzuführen sei. Bei einem mehrheitlich ablehnenden Votum der betroffenen Bürger müsse die Stadtverordnetenversammlung entscheiden.

Herr Schüler meint, ihm erscheine es zweifelhaft, dass die Anwohner in vollem Umfang über die Maßnahme informiert wurden.

Frau Dr. von Kuick-Frenz betont, dass sie alle Anschreiben an die Bürger mit den entsprechenden Informationen vorlegen könne. Darauf Bezug nehmend bittet Herr Schubert, das gesamte Verfahren schriftlich zu dokumentieren und bis zum 20.12.2006 an die Fraktionen auszureichen.

#### **zu 3.4 Bericht zum Stand Pro-Wissenschaft**

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Informationen nachzureichen, da er an der gestrigen Vorstandssitzung nicht teilnehmen konnte. Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

#### **zu 3.5 Lokaler Mobilitäts- und Zeitpakt gemäß Vorlage: 04/SVV/0162**

Die Ausführungen von Frau Dr. von Kuick-Frenz werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In der sich anschließenden Diskussion befürwortet Herr Dr. Scharfenberg die dargelegte Vorgehensweise und meint, man müsse den „Prozess in Gang bringen und bewusst planen“. Den Vorschlag, bestimmte Themen in zwei Foren des Stadtforums Potsdam zu diskutieren, finde er sehr „interessant“.

Dem widerspricht Herr Kruschat und bewertet den Vorschlag als uninteressant, weil es für einen Mobilitätspakt keine Ansatzpunkte gebe und die Probleme nur vertagt würden. Da es keinen Adressaten für einen Mobilitätspakt gebe, sollte das Thema ad acta gelegt werden. Dafür solle besser eine wirkliche Prüfung des Nulltarifs erfolgen und Einspareffekte verdeutlicht werden.

Frau Dr. von Kuick-Frenz meint, der Ansatz sei gut und müsse jetzt konkret auf Potsdam zugeschnitten werden. Der Oberbürgermeister unterstreicht, dass er sich mit dem Stadtforum verständigen und für die Thematik einsetzen werde.

#### **zu 3.6 SAGO-Park Vorlage: 05/SVV/1029**

Herr Goetzmann erläutert die Vorlage.

Anschließend spricht Herr Dr. Scharfenberg seinen Dank dafür aus, dass dem Antrag der Fraktion Die Linke. PDS bezüglich des SAGO-Parks gefolgt wurde. Allerdings hatte die Stadt große Pläne, von denen man jetzt weit entfernt sei. Das Gelände sei eine Vorhaltefläche, mit der nichts passiere. Er fragt nach der für eine Entwicklung vorgesehenen Zeitschiene für die Fläche.

Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist darauf, dass es für die Fläche gültiges Planungsrecht gebe, was für die Ansiedlung großer Firmen von Vorteil sei. Der Oberbürgermeister meint, man müsse für die Ansiedlung auf der Fläche werben. Daraufhin fragt Herr Friederich, wie die Fläche vermarktet werde.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass der Focus bisher auf dem biotechnischen Bereich lag und es derzeit noch kein neues Marketingkonzept gebe. Herr Goetzmann ergänzt, dass es um die Ansiedlung nur eines Vorhabens gehe, weil nur dann die Zustimmung der gemeinsamen Landesplanungsabteilung gegeben sei. Der Standort werde für große Vorhaben vorgehalten, wo es üblich sei, auf vorhandenes Planungsrecht zurückzugreifen und nicht erst zwei Jahre auf die Schaffung des Planungsrechts zu warten.

Frau Bankwitz sieht den geschaffenen Planungsvorlauf als Erfolg und eine guten Handlungsrahmen. Sie fragt nach, wann mit einem Exposé zu dem Gelände zu rechnen sei. Der Oberbürgermeister meint, dass dies zur expo real der Fall sein könne.

### **zu 3.7     Bahnquerung - Golm**

Frau Dr. von Kuick-Frenz führt dazu Folgendes aus:

Die Stadtverwaltung Potsdam in Nachfolge des Landeskreises Potsdam-Mittelmark befasse sich seit geraumer Zeit mit der Aufstellung eines B-Planes und der entsprechenden Erschließung für den Wissenschaftspark Golm, um einen neuen Gewerbestandort errichten zu können.

Durch das Engagement Professor Hasso Plattners erhielt das Projekt vor einigen Monaten neuen Aufwind. Im Rahmen des Projektes gehe es einmal um die Gewerbeerschließung und zum anderen um die Bahnquerung. Für beide Projekte gebe es unterschiedliche Rahmenbedingungen für die Förderung. Die notwendigen Förderanträge seien Ende November bzw. Anfang Dezember gestellt worden. Die Eigenmittel für die Gewerbeerschließung werden durch Prof. Plattner gewährleistet, die der Stadt seien durch Straßenbaubeiträge, Einnahmen aus dem städtebaulichen Vertrag, Verkaufserlöse durch die EWP und im Haushalt bereits veranschlagte Mittel gedeckt.

Die Deutsche Bahn AG habe abgestimmt mit der Stadt die Förderanträge für die Bahnhofsinfrastruktur gestellt. Mit der Deutsche Bahn AG sind entsprechende Verträge zur Umsetzung des Projektes abzuschließen.

Als mögliche Bauzeit werde für die Erschließung des Gewerbegebietes März bis Dezember 2006, für den Bau der Bahnunterführung und der ÖPNV-Infrastruktur August 2006 bis November 2007, und für die Reiherbergstraße März bis Dezember 2007 als realistisch angesehen.

### **neu         Unglücksfall an der Goethe-Schule**

Frau E. Müller informiert über einen Unglücksfall im Hort der Goethe-Schule, bei dem ein 6-jähriges Mädchen durch eine herunterfallende Wandtafel am Kopf schwer verletzt wurde. Mittlerweile sei das Kind von der Intensivstation auf die Kinderstation verlegt worden und könne auch schon das Bett verlassen.

Die Kripo und die Unfallkasse seien derzeit dabei, die Unfallursache zu ermitteln.

Der Hort werde durch einen Träger geführt; die dort beschäftigten Mitarbeiter hätten sich korrekt verhalten und die Aufsichtspflicht sei nicht verletzt worden. Der Vorfall wurde zum Anlass genommen, alle Schultafeln zu prüfen – Mängel konnten nicht festgestellt werden.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass sich der Landtag auf eine dringliche Anfrage des Abgeordneten Petke, Fraktion CDU, mit dem Vorfall beschäftigen werde. Er meine, es sei wichtig, entsprechende Vorkehrungen zu treffen, um zukünftig derartige Vorfälle auszuschließen.

**zu 4      Sonstiges**

Keine Wortmeldungen